

## **KLEINE ANFRAGE**

**des Abgeordneten Henning Foerster, Fraktion DIE LINKE**

### **Nutzung von Post- und Paketdiensten durch die Landesregierung**

Ich frage die Landesregierung:

1. In welcher Höhe standen den jeweiligen Ministerien und nachgeordneten Behörden in den Jahren 2017 und 2018 finanzielle Mittel für die Versendung von Brief- und Paketsendungen zur Verfügung?  
In welcher Höhe wurden diese Mittel ausgeschöpft bzw. überschritten?
2. Welche Post- und Paketdienste nutzen die einzelnen Ministerien und nachgeordneten Behörden der Landesregierung?
3. Inwieweit bestehen Dienstleistungsverträge zwischen der Landesregierung oder einzelnen Ministerien und nachgeordneten Behörden mit Post- und Paketdiensten (bitte das jeweilige Ministerium bzw. die Behörde, den Dienstleister, die Dauer bzw. Laufzeit des Vertrages sowie die Höhe der Vertragssumme angeben)?
4. Inwieweit wurden die Post- und Paketdienstleistungen ausgeschrieben?  
Wenn nicht, warum nicht?
5. Welche Kenntnis hat die Landesregierung über die Entlohnung und weitere Arbeitsbedingungen in den Post- und Paketdienstunternehmen, mit denen sie vertragliche Beziehungen hat bzw. von denen sie Dienstleistungen erbringen lässt, zum Beispiel über die Höhe von Stundenlöhnen, die Gewährung von Urlaubs- und bzw. oder Weihnachtsgeld, die Struktur der Beschäftigungsverhältnisse (befristete und unbefristete Beschäftigung, Voll- und Teilzeitbeschäftigung, den Einsatz von Subunternehmen und die Entlohnung dort etc.)?
  - a) Warum hat die Landesregierung ggf. keine Kenntnisse über die Entlohnung und andere Arbeitsbedingungen bei diesen Unternehmen?
  - b) Warum hat sich die Landesregierung unter anderem angesichts der jahrelangen Debatten über die Zustände bei Post- und Paketdienstleistern keine Kenntnisse verschafft?

6. Mit welcher Begründung hält die Landesregierung eine mögliche Unkenntnis über die Beschäftigungsverhältnisse in den Post- und Paketdienstunternehmen, mit denen sie in geschäftlicher Beziehung steht, für vereinbar mit dem immer wieder von ihr verkündeten politischen Ziel, sich für gute Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern einsetzen zu wollen?

**Henning Foerster, MdL**